Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda — **Neukirch und Umgegend**

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 281 — **Donnerstag, den 1. Dezember 1932.** — **87. Jahrgang**

Tagesschau.

* In Berlin rechnet man damit, daß der Reichspräsident den General von Schleicher zum Reichskanzler ernennen wird. Hitler wird nicht nach Berlin kommen, doch rechnet man mit der Möglichkeit einer Fühlungnahme zwischen Schleicher und Hitler durch den Fernsprecher.

* Nach Meldungen aus München hat das Reichsfinanzministerium Bayern mitgeteilt, daß es das Recht jeglichen Aufwertungs- und Entschädigungsanspruches der Länder bezüglich der Reichsbahn bestreite. Bayern wird eine Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof einreichen.

* Der Einnahmerückgang der Reichsbahn in den letzten zehn Monaten beläuft sich gegenüber dem Vorjahre auf 26,6 Proz.

* Die Besprechungen zwischen den Vertretern der fünf Großmächte über die Wiederbeteiligung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz werden voraussichtlich am 2. Dezember in Genf beginnen.

* Wiener Meldungen berichten, die Tschechoslowakei fahre entgegen den Bestimmungen des Rüstungsfeierjahres fort, Fliegergasbomben in beträchtlichem Umfange herzustellen.

* England erklärt sich in seiner Note an Amerika bereit, am 15. Dezember die fällige Rate zu bezahlen, falls die Washingtoner Regierung darauf beharrt. Ein Zahlungsaufschub liege aber nicht nur im Interesse Großbritanniens, sondern auch der Vereinigten Staaten und der ganzen Welt.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Der gedämpfte Optimismus des Reichsfinanzministers.

Die deutsche Oeffentlichkeit ist durch amtliche Darlegungen der Finanzlage in den letzten Monaten nicht gerade verwöhnt worden. Der Reichsfinanzminister, Graf Schwerin von Krosigk, hat in der Epoche der aufgelösten Reichstage überhaupt noch keine Gelegenheit gehabt, seine Auffassung von der Lage und seine Absichten, wie er sie zu meistern gedenkt, öffentlich zu erörtern. Und für die Methode des Herrn von Papen, Bauernvereine oder Industrietagungen als eine Art Ersatzreichstag zu verwenden, ist Graf Schwerin wohl eine zu zurückhaltende Natur. Insofern ist es eigentlich erfreulich, daß wir in Berlin eine Einrichtung wie die Hochschule für Politik haben; sie bot dem Finanzminister Gelegenheit, in akademischem Rahmen so etwas wie eine Etatsrede zu halten. Seine Ausführungen befriedigten freilich mehr den Finanzwissenschaftler als den Finanzpolitiker. Das mag sowohl an dem akademischen Rahmen wie auch an der Eigenart des Vortragenden liegen.

Nach den Berechnungen des Reichsfinanzministers hat sich der öffentliche Haushalt in Deutschland seit 1929 im ganzen um rund 10 Milliarden Mark verschlechtert, Einnahmerückgänge und Ausgabensteigerungen zusammengenommen. Unter dem Eindruck dieser Ziffer ist es eigentlich doch eine imponierende Leistung, daß wir bisher diese Katastrophenjahre ohne Staatsbankerott oder Währungsverfall überstanden haben. Zwar macht die Kassenlage Schwierigkeiten, und alle öffentlichen Haushalte erwarten Defizite; aber es gelingt, die schwebenden Schulden im Rahmen der Bewilligungen zu halten. Bei dieser Lage glaube der Minister auch die mit den Steuergutscheinen beschrittene Politik rechtfertigen zu können, er glaubt auch, die Bürgschaften, die als Folge der Krise übernommen werden mußten und die über 2 Milliarden Mark betragen, als noch erträglich hinstellen zu können. Nach seiner Schätzung wird in den Jahren 1933 bis 1938 aus den begebenen Schatzanweisungen eine jährliche Höchstbelastung von 200 Millionen eintreten und aus den Steuergutscheinen eine solche von 300 bis 500 Millionen; das kann bei einigermaßen gelingender Ankurbelung der Wirtschaft verdaut werden.

Von besonderem Interesse war der kritische Hinweis des Ministers, man habe in den Jahren der guten Konjunktur keine finanzpolitische Vorsorge (Thesaurierung) für die Krisenzeit getroffen. Dazu ist zu bemerken, daß im Jahre 1925 der inzwischen verstorbene deutschnationale Reichsfinanzminister von Schlieben die Reichsfinanzen auf eine Grundlage zu stellen suchte, die fest und widerstandsfähig genug war, um Ebbe und Flut der Wirtschaft, um Ebbe und Flut der Einnahmen und Ausgaben im öffentlichen Haushalt tragen zu können. Diese Grundlage wurde 1926 unter dem Reichskanzler Dr. Luther und dem Reichsfinanzminister Dr. Reinhold sehr wenig überlegt preisgegeben. Diese Finanzpolitiker minderen Grades wollten für magere Jahre keine Vorsorge treffen, um sich dafür mit dem Ruhm zu behängen, die Steuern gesenkt zu haben. Der Reichshaushalt wurde hart an die Grenze des Fehlbetrags geführt, um sie bald darauf zu überschreiten, ohne den Rückweg wiederzufinden. Es kam die Scheinkonjunktur 1927 bis 1929. Es kam die Reichsregierung Müller-Hilferding, unter der eine so leichtfertige Finanzpolitik begonnen wurde, daß die Folgen vom deutschen Volk auf Jahre hinaus getragen werden müssen. Trotzdem in diesen Konjunkturjahren die Steuer- und Zolleinnahmen verhältnismäßig schnell stiegen, reichten sie nicht aus, um die immer höher geschraubten Ausgaben zu decken. Unter Müller-Hilferding war es zur Regel geworden, daß die Großbanken die Reichshauptkasse mit Ueberbrückungskrediten über jedes Monatsende hinweghelfen mußten, weil weder mit Anleihen, noch mit der Verschleuderung von reichseigenen Vermögensobjekten (Zündholzmonopol)! das Gleichgewicht im Reichshaushalt herzustellen war. Unter der Regierung Brüning-Dietrich ist es nicht besser, sondern schlimmer geworden, ganz abgesehen davon, daß Brüning und Dietrich mit starken Worten ankündigten, sie würden zunächst einmal die Herkulesarbeit auf sich nehmen, den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen.

Vor der Ernennung Schleichers zum Reichskanzler.

Die Weimarer Führerbesprechung. — Hitler kommt nicht nach Berlin. — Fühlungnahme Hitler-Schleicher durch den Fernsprecher.

Berlin, 1. Dezember. (Drahtb.) In unterrichteten Kreisen hat man heute vormittag den bestimmten Eindruck, daß Hitler nicht nach Berlin kommt. Dagegen besteht die Möglichkeit, daß zwischen ihm und General Schleicher Fühlung genommen wird, und zwar nicht durch einen Mittelsmann, sondern auf telephonischem Wege. Da man im Augenblick noch nicht weiß, wann diese Fühlungnahme zustande kommt und über welche Zeit sie sich erstrecken wird, so ist es noch ungewiß, wann die allgemein erwartete Ernennung Schleichers zum Reichskanzler erfolgen wird. Es wird zunächst noch eine Besprechung beim Reichspräsidenten erwartet. Ein Zeitpunkt darüber ist nicht bekannt.

•

cnb. **Berlin,** 1. Dezember. (Drahtb.) Der Schwerpunkt der Krisenentwicklung lag am Mittwoch nicht in Berlin, sondern in Weimar, weil es von der dortigen Führerbesprechung bei Hitler abhängt, ob der Chef der NSDAP. am heutigen Donnerstag der Einladung des Generals von Schleicher zu einer letzten Besprechung folgt. In Berlin wollte man gestern abend wissen, daß die Geister in der Weimarer Besprechung ziemlich scharf aufeinandergeprallt seien, und daß der ursprünglich noch für gestern erwartete Besuch Hitlers deshalb nicht stattgefunden hat, weil die Situation innerhalb der Führung der NSDAP. noch nicht geklärt war.

Während der Weimarer Konferenz ist die Entwicklung aber auch in Berlin weitergegangen. Sie ist bis zu der jetzt ziemlich allgemeinen Auffassung gediehen, daß nun unter allen Umständen eine Entscheidung fallen muß, damit das Krisenspiel dieser Tage, das weiten Kreisen des Volkes immer unklarer wird, endlich aufhört. So erwartet man denn für den Donnerstag die Entscheidung des Reichspräsidenten auch dann, wenn Hitler nicht kommen sollte, und zwar hat sich in den letzten 24 Stunden, was die Kanzlerschaft anlangt, auch in der Personenfrage ein starker Wandel vollzogen. Man rechnet jetzt damit, daß der Reichspräsident den General Schleicher ernennen wird. In politischen Kreisen wurde behauptet, daß einer Wiederbetrauung des Reichskanzlers v. Papen auch aus Kreisen seines eigenen Kabinetts Schwierigkeiten erwachsen würden.

Es liegt auf der Hand, daß diese Darstellungen sich nicht im einzelnen nachprüfen lassen; sie sind aber trotzdem bezeichnend für die Stimmung, die gestern abend allgemein war. Man geht sogar schon so weit, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, in welcher Weise General von Schleicher als Reichskanzler vorgehen wird. Es gibt darüber zwei Versionen. Die eine Richtung geht dahin, daß Herr v. Schleicher sich vor den Reichstag stellen und von ihm stürzen lassen werde. Dann werde sein Kabinett geschäftsführend im Amte bleiben. Die Krise werde über Weihnachten vertagt und schließlich zu Neuwahlen Ende März führen. — Die andere Auffassung rechnet damit, daß General v. Schleicher alle für die nächste Zeit notwendigen Maßnahmen bereits bis zum 6. Dezember ergreifen dürfte. Das würde dem entsprechen, was über die Ansichten Schleichers, recht einleuchtend, schon früher bekannt geworden ist.

All das ist vorläufig aber Kombination, die wir nur verzeichnen, um einen Eindruck von der in der Reichshauptstadt vorherrschenden Stimmung zu vermitteln. Sicher ist daran, daß die maßgebenden Kreise zu der Ansicht gelangt sind, daß am Donnerstag die Entscheidung des Reichspräsidenten fallen muß, und daß die allergrößte Wahrscheinlichkeit dabei für die Ernennung des Generals v. Schleicher zum Reichskanzler spricht.

Auch heute voraussichtlich noch keine Klärung.

Berlin, 1. Dezember. (Drahtb.) Auch der heutige Vormittag hat die von allen Seiten gewünschte Klärung der innerpolitischen Lage noch nicht gebracht. Bis in die Mittagsstunden ist noch kein Termin für die in Aussicht genommene Besprechung beim Reichspräsidenten angesagt gewesen. Es ist daher wieder zweifelhaft, ob die Entscheidung heute noch kommt. Dies gilt insbesondere für die Betrauung des Generals von Schleicher für das Kanzleramt. Auch jetzt steht die Kandidatur Schleichers für den Reichskanzlerposten als einzige im Vordergrund.

Neue Eisenbahnklage Bayerns.

München, 30. Nov. Bayern wird abermals beim Staatsgerichtshof Klage gegen das Reich auf Zahlung der Eisenbahnabfindung austragen. Bekanntlich wurde bei der Uebernahme der Landeseisenbahnen auf die Reichsbahn den Ländern zugesichert, daß das Reich aus den 500 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien, die gemeinsames Vermögen der früheren Eisenbahnländer darstellen, die Zinsen in Höhe von 35 Millionen RM. überweisen würde. Trotz der grundsätzlichen Bereiterklärung des Reiches, diese Summe als Abschlagszahlung für die Zinsansprüche der früheren Eisenbahneigentümer zur Verfügung zu stellen, sind sie aber nicht ausgezahlt worden, da die Bedingung des Reiches, daß sich die Länder untereinander über den Verteilungsschlüssel einig werden sollten, bisher nicht erfüllt ist.

Jetzt soll, wie Staatsrat Schäffer im Auftrage der Regierung dem Landtage mitteilte, das Reichsfinanzministerium seine Rechtsanschauung geändert haben und das Recht jeglicher Aufwertungs- und Entschädigungsansprüche der Länder bezüglich der Reichsbahn überhaupt bestreiten. Staatsrat Schäffer kündigte daraufhin die Einbringung einer beschleunigten Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof an. Für Bayern würde sich allein für die letzten zwei Jahre ein Betrag von 4,5 Millionen RM. ergeben.

Bericht des Verwaltungsrats der Reichsbahn.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat nach Beendigung seiner mehrtägigen Beratungen über das Finanzergebnis festgestellt, daß sich in den verflossenen 10 Monaten des Jahres 1932 der Rückgang der Einnahmen gegenüber dem Vorjahr auf 26,6 Prozent, gegenüber dem Jahre 1929 auf 46,5 Prozent beläuft. Der prozentuale Abfall aus Verkehrsrückgang wird mit etwa 35 Prozent gegenüber 1929 angenommen. Die darüber hinausgehende Einnahmeminderung beruht auf den Tarifermäßigungen, die besonders im Güterverkehr um die Jahreswende eingetreten sind.

Im Reiseverkehr wurde trotz der Erleichterungen durch Sommerurlaubskarte und Halbierung der Schnell- und Eilzugzuschläge nicht einmal die während der Hauptreisezeit sonst übliche Steigerung erreicht, so daß sich die Einnahmeausfälle aus dem Personen- und Gepäckverkehr von Juni bis Oktober 1932 ständig vergrößert und erst im Oktober eine geringe Abminderung gezeigt haben. Die Gesamteinnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr blieben bisher gegenüber 1931 um 22,1 Prozent, gegenüber 1929 um 36,5 Prozent zurück.

Die Gesamteinnahmen aus dem Güterverkehr sind gegenüber 1931 um 27,7 Prozent, gegenüber 1929 um 51,2 Prozent zurückgeblieben. Sie lassen seit September eine